

Mini-Leitfaden

„Côte d'Ivoire – Fluchtursachen made in Europe?“

(Teil 10 einer Reihe von „Mini – Leitfäden“, die der Dokumentation der Austauschtreffen dienen)

Anmerkung: Die Grundlagen dieses Leitfadens wurden auf der Grundlage des Vortrags des Referenten Herrn Sékongo von und mit Herrn Sékongo, den Helferkreisen des Landkreises Würzburg und den Malteser Integrationslotsen im Rahmen des Koordinatoren-Austauschtreffens am 17. Januar 2019 im Matthias-Ehrenfried-Haus entwickelt und von den Mitarbeitern der Ehrenamtskoordination Flüchtlingshilfe zusammengefasst.

1 Einleitung

Côte d'Ivoire ist die offizielle Landesbezeichnung des etwa 320 km² (DE 350km²) großen Landes im Westen Afrikas. Die Nutzung anderer Begriffe wie Elfenbeinküste oder Ivory Coast ist in der Côte d'Ivoire nicht erwünscht. Die 23 Mio. Bewohner*innen der Côte d'Ivoire werden als Ivorer bzw. Ivorerinnen bezeichnet. Etwa 24% der Einwohner sind Ausländer*innen.

Im Land werden über 70 verschiedene Sprachen (keine Dialekte!) gesprochen. Die fünf wichtigsten sind Französisch, Dioula (Nordwesten + Handelssprache), Baoulé (Zentrum), Sénoufo (Norden und Teile der nördlichen Nachbarländer) und Dan oder Yacouba (Südwesten).

2 Endogene Fluchtursachen in der Cote D'Ivoire

Im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern ist Auswanderung in der Côte d'Ivoire ein eher neues Phänomen. In den 1970 Jahren war noch die Rede von einem ivorischen Wirtschaftswunder, es gab kaum Gründe auszuwandern. Erst Anfang der 1990er Jahre beantragten die ersten Studenten Asyl in Frankreich und England.

Auslöser für diese Entwicklung waren unter anderem eine falsche (von Frankreich unterstützte) Entwicklungsstrategie, die einzig auf den Export von Rohstoffen ausgelegt war. Wertschöpfung durch Weiterverarbeitung der Rohstoffe findet bis heute weitestgehend nicht im Land statt. Dadurch gibt es vor Ort wenig Arbeitsplätze und folglich eine hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit. Verschärft werden die Probleme zusätzlich durch eine arbeitsmarktfremde Bildung und Ausbildung, die sich sehr eng am französischen Bildungssystem orientiert. Unis, Forschungsinstitute und Berufsschulen bieten den lokalen Erwartungen und Herausforderungen keine effizienten Lösungen. Menschen mit Hochschulbildung orientieren sich dann tendenziell auch hin zu Ländern, in denen ihre Qualifikationen ihnen ein höheres Einkommen sichern können.

Als dann im Rahmen der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre die Rohstoffpreise am Weltmarkt massiv einbrachen, ging für den Großteil der Bevölkerung die Lebensgrundlage verloren. Auch

die staatlichen Einnahmen, die sich auf den Export von Rohstoffen stützten, brachen ein und so wurde auch im öffentlichen Dienst gespart und bspw. die Löhne neu eingestellter Lehrer auf die Hälfte reduziert.

Nachdem von 1960 an Houphouët-Boigny als Präsident das Land regiert hatte, wurde in Vorbereitung auf seine Nachfolge 1990 zeitgleich auch das Mehrparteiensystem wiedereingeführt. Nach dem Tod von Houphouët-Boigny 1993 folgte Henry Konan Bédié als Präsident. Um seine Macht zu sichern und den direkten Konkurrenten auszuschalten, führte er das „Concept d'Ivoirité“ ein, welches besagt, dass nur „echte“ Ivorer*innen für politische Ämter zugelassen sind. Als echt galt, wessen Eltern bereits Ivorer*innen waren. Dieses Konzept wurde häufig genutzt, um Oppositionsanhänger von politischen Ämtern auszuschließen. Zusammen mit einer Verfolgung von Oppositionellen verschärfte diese die ethnischen Spannungen und sorgte für Unruhen.

2002, im sogenannten schwarzen Jahr, gipfelten die Spannungen in einer bewaffneten Rebellion, die zur Teilung des Landes in Nord und Süd führte. Die Auseinandersetzungen hielten in unterschiedlicher Intensität bis 2010 an. Für viele Ivorer*innen war dies die Zeit, in der sie sich zur Flucht im Land und auch in andere Länder entschieden, um Gewalt aber auch Perspektivlosigkeit aufgrund zerstörter Infrastruktur, brachliegender Wirtschaft und fehlender Beschulung zu entkommen.

Auch 2010 kam es nach Wahlen wieder zu Konflikten mit über 3000 Toten und vielen Menschen, die in Nachbarländer oder nach Europa und Nordamerika flüchteten.

Aktuell ist die Sicherheitslage im Land besser. Die zugrundeliegenden Spannungen sind aber nach wie vor vorhanden. Die Wahlen im Jahr 2020 werden von manchen Beobachtern mit Sorge gesehen, da sie wieder Anlass zu Konflikten bieten könnten.

3 Exogene Fluchtursachen

- Bild von Europa / dem Westen: Mit der zunehmenden Verbreitung von TV-Geräten auch in der Côte d'Ivoire verbreitete sich auch ein traumhaftes Bild von westlichen Ländern in der Bevölkerung. Die Verfügbarkeit von Social Media verstärkte diesen Effekt noch. Sie erleichtern die Vernetzung mit Landsleuten im Ausland und ermöglichen einen Austausch von Informationen in Echtzeit. Wie alle Nutzer*innen von Social Media neigen auch Auswanderer dazu, sich und ihr Leben positiver darzustellen bzw. nur die positiven Dinge zu berichten. Durch Kombination all dieser Faktoren nimmt der Reiz auszuwandern zu.

- Bestehende neokoloniale Strukturen:
 - „Der einfachste Weg ein Volk zu enteignen besteht darin, seine Geschichte zu erzählen und mit „zweitens“ anzufangen. (...) Beginnt man die Geschichte mit dem Scheitern des afrikanischen Staates und nicht mit seiner Errichtung durch Kolonisierung, erzählt man eine völlig andere Geschichte.“ Mourid Barghouti nach Chimamanda Adichie
 - Während der Kolonialherrschaft lag der Fokus darauf, Rohstoffe (und Menschen) aus der Côte d'Ivoire zu exportieren. Diese Wirtschaftslogik führte zu Strukturen, die die gesamte Wertschöpfung aus den Rohstoffen in andere Länder verlagerte und verhinderte, dass vor Ort nennenswerte Infrastruktur zur Verarbeitung der Rohstoffe entstand. D.h. aber auch, dass Initiativen diese Wertschöpfung in die Côte d'Ivoire zu holen in Konkurrenz tritt zu den bestehenden Produzenten, die meist in westlichen Ländern sitzen und ihre Interessen verteidigen werden.
 - Auf politischer Ebene wurde die Bindung an die Kolonialmächte nach der offiziellen Unabhängigkeit durch internationale Verträge weitergeführt und festgeschrieben. Frankreich hat bspw. seit 1959 ein Kooperationsabkommen mit 14 seiner ehemaligen Kolonien. Zusätzlich mit der Côte d'Ivoire, Kamerun, Zentralafrika, Gabun, Senegal, Tschad und Togo ein Sonderverteidigungsabkommen. D.h. es gibt in diesen Ländern eine Französische Militärpräsenz, die offiziell dazu diente, in Zeiten des kalten Krieges eine logistische Unterstützung zu bieten. Gleichzeitig schützt sie die französische Einflusszone aber auch vor amerikanischer Wirtschaftsexpansion und stützte immer wieder auch frankreichtreue afrikanische Diktaturen.
 - Auch in der Währungspolitik bestimmt Frankreich weiterhin die Konditionen für die Länder der Communauté financière africaine (Afrikanische Finanzgemeinschaft, CFA)
 - Die Währung ist der Franc CFA (Franc der der Afrikanischen Finanzgemeinschaft; vor der Unabhängigkeit: Franc der französischen Kolonien in Afrika)
 - Wechselkurs ist fest an den damaligen französischen Franc bzw. jetzt an den Euro gebunden, kann von den Ländern nicht auf- oder abgewertet werden (1 Euro = 655,95 CFA). Auf- und Abwertungen werden von Frankreich allein entschieden.

- Die starke CFA-Währung führt zu einer negativen Handelsbilanz (Wert der exportierten Güter ist geringer als der Wert der importierten Güter).
 - Starke CFA-Währung macht Länder unattraktiver für Investitionen wegen teurer Produktionskosten.
 - Es gibt zwei separate CFA-Zonen. Die Währungen sind nicht direkt tauschbar, sondern müssen jeweils erst in Euro gewechselt werden.
 - Alle 14 Länder müssen jeweils 50% der staatlichen Devisen pro Jahr beim französischen Finanzministerium deponieren (2015 waren dies etwa 14 Milliarden Euro).
 - In jeder Zentralbank der 2 CFA-Zonen sitzen jeweils zwei Franzosen, die bei Entscheidungen Vetorecht haben.
-
- Globalisierung und das Drängen auf Abschaffung von protektionistischen Maßnahmen in Freihandelsabkommen setzen die Wirtschaft im Land weiter unter Druck. Dadurch steigt die Arbeitslosigkeit und Armut generalisiert sich und wird Nährboden für weitere Unruhen, Konflikte, Kriege und Flucht.
 - Das politische System im Land wurde nach europäischem Vorbild als Mehrparteiensystem durchgesetzt. Es wurden soziopolitische lokale Realitäten nicht berücksichtigt, was zu zusätzlichen Spannungen führt.
 - Internationale Konzerne beuten Rohstoffe aus und investieren wenig in den Ländern bzw. halten Umweltschutzbestimmungen nicht ein, da diese dank korrupter Beziehungen zu lokalen politischen Eliten nicht durchgesetzt werden. Auch Themen wie Landgrabbing und Privatisierung der Trinkwasserversorgung schließen sich hier an.
 - Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank sowie Entwicklungshilfe bremsen sinnvolle Entwicklungen häufig aus, schaden teilweise sogar der heimischen Wirtschaft. Zur Durchführung sind sie auf die politischen Eliten, Beamten etc. angewiesen. Diese haben aber zusätzlich bei einzelnen Maßnahmen keinen Handlungsanreiz, wenn diese Maßnahmen der tendenziell ärmeren Landbevölkerung zugutekommen sollen und eigene Privilegien beschneiden oder gefährden.
 - Stark verkürzt ausgedrückt, wird das Land als Rohstoffreservoir für die westliche Industrie behandelt. Beinahe die gesamte Wertschöpfungskette findet in Europa statt.

4 Lösungsansätze

Der Marshallplan mit Afrika, der Bundesregierung und der Compact with Africa des G20-Gipfel in Hamburg im Juni 2017 greift viele sinnvolle Punkte auf und stellt sie heraus.

Herr Sékongo bezeichnete von diesen dort aufgeführten Punkten folgende als zentral:

- Afrika braucht afrikanische Lösungen: In der Vergangenheit wurden Lösungen für die Probleme afrikanischer Staaten meist von westlichen Staaten oder Organisationen entwickelt. Um eine Entwicklungspartnerschaft zu erreichen muss Augenhöhe glaubhaft hergestellt werden und die Geber-Nehmer-Mentalität abgelöst werden. Die Gründung der Afrikanischen Union (AU) und ihrer neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) sind dabei ein Anfang, der von den Ländern des Westens (auch gegen den eigenen Vorteil) unterstützt werden sollte.
- „Wertschöpfung statt Ausbeutung: Afrika muss mehr sein, als der Kontinent der Rohstoffe. Motor des Marshallplans ist eine neue Wirtschaftspolitik, deren Schwerpunkte die Diversifizierung der Wirtschaft, der Aufbau von Produktionsketten, die gezielte Förderung von Landwirtschaft sowie kleinen und mittleren Unternehmen, die Aufwertung des Handwerks und damit die Schaffung eines neuen Mittelstands sind. Europa muss dies mit einer Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und dem Abbau bestehender Handelshemmnisse unterstützen.“¹
- Entwicklungszusammenarbeit allein ist nicht die Lösung: Mit herkömmlicher Entwicklungshilfe wurde vieles erreicht. Gleichzeitig schafft diese aber auch Strukturen und Abhängigkeiten, die eine weitere Entwicklung erschweren. Diese Entwicklungshilfegelder sollen zukünftig stärker dafür eingesetzt werden, die Rahmenbedingungen für private Investitionen und einen höheren Einsatz von Eigenmitteln der jeweiligen Länder zu schaffen oder zu sichern.

5 Weiterführende Informationen

Artikel zu Freihandelsabkommen und Sanktionsdrohungen: <https://www.tagesspiegel.de/politik/streit-um-freihandel-bruessel-droht-afrikanischen-laendern-mit-entzug-von-privilegien/13717572.html>

¹ http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materiale310_Afrika_Marshallplan.pdf Seite 6 - abgerufen am 18.03.2019

Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59000/anpassung-der-strukturen?p=all>

Marshallplan mit Afrika: http://www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/index.jsp

Einschätzung und Meinung zum Marschallplan mit Afrika: <https://www.medico.de/guter-plan-oder-schlechter-witz-17078/>

Compact with Africa des G20-Gipfels 2017 <https://www.compactwithafrica.org/content/compactwithafrica/home.html>

Referent

Kafalo Sékongo

-Eine-Welt-Fachpromotor
Internationale Bildungspartnerschaften
Entwicklungspädagogisches Informationszentrum EPiZ Reutlingen
Wörthstraße 17
72764 Reutlingen

Tel. +49 (0) 71219479982

www.epiz.de

Email (dienstl.) kafalo.sekongo@epiz.de

Email (priv.) sekongoka@yahoo.fr

Ehrenamtskoordination für die Flüchtlingshilfe im Landkreis Würzburg – Integrationslotse

Randersackerer Straße 25
97072 Würzburg

Tobias Goldmann

Telefon: 0172 7926928

0931 38 659-118

E-Mail: t.goldmann@caritas-wuerzburg.org

Web: <http://www.caritas-wuerzburg.org/ehrenamt/ehrenamtskoordination-fluechtlingshilfe-landkreis/>

Stand: 28. März 2019